



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 40. Ratssitzung vom 8. März 2023

1478. 2022/565

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022:

Regelmässige verpflichtende Weiterbildungen für städtische Angestellte in allen relevanten Abteilungen zum Thema Rechtsextremismus

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 939/2022): Nebst dem Bericht und der Auslegeordnung zum Thema Rechtsextremismus und der öffentlichen Sensibilisierungskampagne, die dem Stadtrat bereits überwiesen wurden, diskutieren wir heute eine dritte Massnahme gegen den global und lokal erstarkenden Rechtsextremismus. Für eine freie, demokratische Gesellschaft ist es zentral, dass rechte Versuche, Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft zu finden und beispielsweise Jugendliche zu rekrutieren, misslingen. Dafür ist es fundamental wichtig, dass die für diese Thematik sensiblen staatlichen Behörden und Abteilungen wie die Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugend- und Sozialarbeit und Schule in folgenden Kompetenzen geschult werden: Menschenrechts- und Präventionsarbeit leisten zu können, Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse in Bezug auf rechtsextreme und menschenverachtende Ideologien frühzeitig zu erkennen und bei diskriminierenden und gewaltvollen Äusserungen oder Taten angemessen intervenieren zu können. Darum fordern wir regelmässige, durch Fachpersonen gehaltene, obligatorische Weiterbildungen in diesem Bereich in den relevanten Abteilungen. Neurechte Bewegungen versuchen Jugendliche über typische Elemente ihrer Subkulturen anzusprechen, die oft mehrheitsfähig erscheinen. Ein Auftritt, der mehrheitsfähig erscheint, darf aber niemanden darüber hinwegtäuschen, dass neurechte Gruppierungen militant, autoritär-nationalistisch und mindestens gewaltbereit, wenn nicht konkret terroristisch sind. Mit Weiterbildungen in allen relevanten Berufsgruppen kann gewährleistet werden, dass die Wandelbarkeit von rechtsextremen Ideologien, aber auch konkrete Organisationen samt ihrem Auftreten und Stil, bekannt sind und von den staatlichen Behörden angegangen werden können. So sollen aktuelle und neue Formen von rechtsextremem Auftritt durch die städtischen Institutionen rechtzeitig erkannt und durchschaut werden, da sich der Auftritt von neuen neurechten Gruppen strategisch von bereits existierenden unterscheidet. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist essentiell, da sie die aktuell grösste Gefahr für unsere Demokratie darstellt. Durch den erstarkenden Rechtsextremismus sind beispielsweise Juden und Jüdinnen, Muslime und Muslimas, LGBTQ-Personen und weitere Bevölkerungskreise real bedroht. Alle Textänderungen, die die rechtsextreme Gefahr als eine von mehreren gleichgestellten sehen und dadurch verharmlosen, werden abgelehnt.



Sebastian Zopfi (SVP) zieht den von Reto Brüesch (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. November 2022 gestellten Textänderungsantrag zurück: Die SVP unterstützt den Textänderungsantrag der GLP.

Ronny Siev (GLP): Lange wurde in der Fraktion darüber debattiert, ob unsere Staatsangestellten rechtsextrem seien, ob sie nicht wüssten, was Rechtsextremismus ist und ob ihnen das Verständnis für diese Thematik fehle. Es folgte der Schluss, dass das Postulat eine Textänderung braucht. Die Textänderung beinhaltet, dass die Staatsanwaltschaft nicht Teil der betroffenen Behörden ist, da sie kantonal und nicht städtisch geregelt ist. Die zweite Änderung verlangt, dass nicht nur auf Rechtsextremismus, sondern auf gewaltbereiten Extremismus fokussiert werden soll. Wenn wirklich etwas erreicht werden soll, müssen alle Arten von gewaltbereiten Extremismen betrachtet werden.

Moritz Bögli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Ronny Siev (GLP) stellte unsere Bedenken zum Begriff «Rechtsextremismus» exemplarisch dar. Von rechter Seite werden linksradikale Massnahmen und Demonstrationen mit faschistischen Gewalttaten gleichgesetzt. Ich möchte betonen, dass Gewalt an Menschen und das Einschlagen von Fenstern nicht gleichwertig zu betrachten sind. Trotzdem soll der Begriff «Rechtsextremismus» durch «Neofaschismus» ersetzt werden. Eine weitere sprachliche Präzisierung erfolgt, indem «regelmässige» durch «wiederholt anzubietende» Weiterbildungen ersetzt wird. Das sind unsere Bedingungen für die Zustimmung. Ich hoffe und äussere da eine Bitte an den Stadtrat, dass externe Fachpersonen für diese Weiterbildungen zuständig sein sollen, da Selbstreformationen schwierig sind. Diese Massnahme ist nur ein Anfang – es braucht mehr, um einen strukturellen Wandel in der Gesellschaft zu induzieren und Faschismus zu bekämpfen.

Samuel Balsiger (SVP): Betrachten wir die Statistik des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB): Im Jahr 2016 gab es 60 gewalttätige linksextreme Taten, während es im selben Jahr 2 von rechtsextremer Seite waren. Im Jahr 2017 waren es 100 linksextreme Gewalttaten und nur 1 rechtsextreme. Die folgenden Jahre zeigen einen ähnlichen Trend. Von wem geht also die Gefahr aus? Dass der NDB jede gesellschaftsgefährdende Person überwacht, ist für die SVP selbstverständlich, aber wenn die Statistik betrachtet wird, ist klar, dass der Linksextremismus bis zu hundertfach gewalttätiger als der Rechtsextremismus ist. Der NDB schreibt, dass die gewalttätigen Linksextremisten Sachbeschädigungen, Brandstiftung und körperliche Gewalt verüben. Das ist mehr als nur das Einschlagen von Scheiben und das zu sagen, verharmlost die Tatsachen. Es scheint eine Sympathie für Linksextremismus vorhanden zu sein. Das war nach der linksextremen Gewaltorgie anlässlich der Räumung des Koch-Areals – wo Feuerwehrleute nur mehr unter Polizeischutz ins Gebiet gelangen konnten – offenkundig.

Martina Zürcher (FDP): Die FDP-Fraktion sieht nicht nur im gewaltbereiten Rechtsextremismus, sondern allgemein im gewaltbereiten Extremismus ein Problem. Wir möchten im Unterschied zu den Postulanten keine Wertung vornehmen, welcher der Extremismen schlimmer ist. Dem unveränderten Vorstoss werden wir nicht zustimmen.



3 / 4

Dr. Josef Widler (Die Mitte): Die Mitte/EVP-Fraktion verurteilt jede Art von Extremismus. Es ist bemühend, dass bei diesem Thema das Links-Rechts-Schema immer wieder auftritt. Das bringt uns nicht weiter. Es führt dazu, dass Vorurteile verstärkt werden und das Zusammenleben nicht einfacher wird. Durch die Beschuldigungen und Verdächtigungen empfinde ich das Niveau der Diskussion als tief. Alles, was unsere Rechtsordnung missachtet und zur weiteren Missachtung aufruft, verurteilen wir. Entsprechende strukturelle Veränderungen sollen über den Gesetzesweg erfolgen. Da die SP nicht bereit ist, Textänderungen anzunehmen, lehnen wir das Postulat ab.

Dominik Waser (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden: Die letzten Voten waren von Verharmlosung und Ablenkung geprägt. Dieser Vorstoss behandelt eine explizite Gefahr und nicht Gefahren in ihrer Allgemeinheit. Wenn Sie diesen Vorstoss unterstützen, schliessen Sie andere Gefahren nicht aus, sondern betiteln nur den Rechtsextremismus als solche. Andernfalls verharmlosen Sie, was rechtsextreme Gewalt ist und wozu sie führt. Sie tragen damit dazu bei, dass in der Bevölkerung die von Rechtsextremismus ausgehende Gewalt nicht ernst genommen wird. Externe Experten meinen, dass es Sinn macht, sich mit dem Rechtsextremismus zu befassen. Es geht nicht darum zu entscheiden, ob die Angestellten unserer Verwaltungen rechtsextrem sind oder nicht, sondern um eine Sensibilisierung. Wir nehmen den Textänderungsvorschlag der AL an.

Ronny Siev (GLP): Wir sind diejenigen, die die Gefahr sehen. Denn wir sehen die Gefahr, die natürlich auch, aber nicht nur bei den Rechtsextremen herrscht. Nur eine Art von Extremismus zu bekämpfen und Linksextremismus oder Islamismus zu ignorieren, ist nicht zielführend. Ihr scheint das nicht zu sehen und lehnt unsere sehr sinnvolle Textänderung deswegen ab. Jeder Extremismus braucht eine andere Art von Prävention. Die anderen Arten von Extremismus auszuschliessen, bringt uns nicht weiter.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie in der Stadt Zürich regelmässig-verpflichtende und wiederholt anzubietende Weiterbildungen durch Fachpersonen für städtische Angestellte in allen relevanten Abteilungen (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugend- und Sozialarbeit, Schule) zum Thema Rechtsextremismus (Neo-)Faschismus mit Fokus auf die Bereiche Prävention, Erkennung und Intervention durchgeführt werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 59 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat